



Wien, am 6. Juni 2002

Ungarn und EU-Osterweiterung

Konferenz und Podiumsdiskussion

6. Juni 2002, 9:00-19:00 Uhr, OeKB (Reitersaal), Strauchgasse 3

Veranstalter: IHS, bmf

6. Juni 2002, 17:00-19:00 mit

aus Österreich: **Karl-Heinz Grasser**, **Bernhard Felderer**, **Karl Stoss**

aus Ungarn: **Csaba László** (Finanzminister), **Zsigmond Járαι** (Präsident der ungarischen Nationalbank), **Gábor Oblath** (Leiter des Institutes für Wirtschaftsforschung, Budapest)

Zielsetzung der Tagung ist es, sensible Bereiche im Zusammenhang mit dem Beitritt Ungarns zur Europäischen Union zu identifizieren und mögliche Konsequenzen für die österreichische und ungarische Volkswirtschaft abzuschätzen. Die Ergebnisse der Konferenz sollen den politischen Entscheidungsträgern Ungarns und Österreichs als Grundlage für richtungsweisende wirtschaftspolitische Maßnahmen im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses dienen.

Es ist besonders hervorhebenswert, dass der ungarische Finanzminister **Csaba László**, der erst kürzlich als Finanzminister der neuen sozialistischen Regierung Ungarns angelobt wurde, im Rahmen seines ersten Auslandsaufenthaltes Österreich besucht und an der vom Institut für Höhere Studien in Kooperation mit dem Bundesministerium für Finanzen veranstalteten Konferenz zum Thema „Ungarn und EU-Osterweiterung“ persönlich teilnimmt. Mit großer Spannung werden seine Statements gerade hinsichtlich eines EU-Beitritts Ungarns erwartet. Wird die neu angelobte sozialistische Regierung denselben Weg in Bezug auf einen EU-Beitritt gehen und diesen so schnell wie möglich realisieren wollen?

Karl-Heinz Grasser betont, dass die Kopenhagener Kriterien und deren Einhaltung im Rahmen des EU-Erweiterungsprozesses eine zentrale Rolle spielen. Ungarn hat bereits alle drei Kriterien erfüllt: es besitzt ein stabiles institutionelles System, welches die Prinzipien Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte sicherstellt, eine funktionierende Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, politische, wirtschaftliche und monetäre Verantwortung im Rahmen einer EU-Mitgliedschaft zu erfüllen. Ungarn ist für Österreich aufgrund einer engen außenwirtschaftlichen Verflechtung von besonderer Bedeutung. Die österreichischen Exporte nach Ungarn beispielsweise belaufen sich auf 5% der gesamtösterreichischen Exporte. Es bleibt zu hoffen, dass die Wirtschaftspolitik Ungarns weiterhin eine richtungsweisende für die beitrittswerbenden Länder bleibt.

Nach Meinung von **Karl Stoss**, Vorstandsmittglied der Raiffeisen Zentralbank AG (RZB), hat sich die Republik Ungarn in den letzten zehn Jahren konsequent und zielstrebig auf die Integration in die Europäische Union vorbereitet. Der Exportbeitrag zum ungarischen Bruttoinlandsprodukt ist mit 60% ein europäischer Spitzenwert, wobei bereits über drei Viertel der Exporte direkt in die EU erfolgen. Triebfeder sind hohe Auslandsinvestitionen (2,4 Mrd USD p.a.), welche zu enormen Produktivitätsgewinnen von über 9% p.a. führen. Darauf basierend nimmt Stoss an, dass in den nächsten fünf bis zehn Jahren Ungarn mit 4,5 bis 5% BIP-Wachstum doppelt so rasch wie die Euro-Zone wachsen wird. Selbst bei diesem enormen Wachstum wird Ungarn jedoch erst 2021 ein Pro-Kopf-BIP von 75% des EU-Durchschnittes aufweisen (aktuell 48%).

Dieses günstige ökonomische Umfeld wird nicht nur im Kommerzbereich, sondern auch bei privaten Haushalten die Nachfrage nach Bankdienstleistungen spürbar stimulieren. Gerade im

Retail Banking, wo Ungarn gegenüber der EU noch erhebliches Aufholpotenzial aufweist, sieht die RZB einen Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit, wie Karl Stoss weiter betont. Die RZB ist bereits seit 1987, also zwei Jahre vor dem Fall des „Eisernen Vorhanges“, mit der Raiffeisenbank Rt. in Ungarn aktiv und konnte sich kontinuierlich an die sechste Stelle der ungarischen Banken vorarbeiten.

Bernhard Felderer vom Institut für Höhere Studien betont in seinem Beitrag die sehr positive Arbeitsmarktsituation v.a. in Westungarn. Die Beschäftigung in Ungarn steigt kontinuierlich an, die Arbeitslosigkeit sinkt seit vielen Jahren und liegt derzeit bei 5,5%, im europäischen Vergleich ein äußerst geringer Wert.

Es besteht kein Zweifel, dass sowohl Österreich als auch Ungarn in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung von einem EU-Beitritt Ungarns profitieren würden. Niedrige Faktorpreise würden einerseits österreichische und ausländische Direktinvestitionen in Ungarn erhöhen, andererseits auch Exporte und Löhne in Ungarn.

Auf österreichischer Seite besteht immer wieder die Befürchtung, dass Unternehmen aus Branchen mit geringer Kapitalintensität (z.B. kleine Dienstleistungsunternehmen) für österreichische Mitbewerber eine Gefahr darstellen, der nicht standgehalten werden könne. Darüber hinaus werden mögliche Migrations- und Pendlerbewegungen nach Österreich als zukünftige Bedrohung für den österreichischen Arbeitsmarkt interpretiert. Gewisse Berührungängste bestehen jedoch auch auf ungarischer Seite. Das Institut für Höhere Studien plädierte stets für Übergangsfristen in den Bereichen Arbeitsmarkt sowie kleine Dienstleistungsunternehmen. Für den Arbeitsmarkt wird es eine Übergangsfrist von sieben Jahren geben und das IHS ist überzeugt, dass sich die Wirtschaft sehr schnell an diese neue Situation anpassen wird.

Seit Anbeginn vertritt die EU die Ansicht, dass die europäische Gemeinschaft nach geographischen Gesichtspunkten, also durch einen Beitritt von Ländergruppen, die den *acquis communautaire* sowie bestimmte wirtschaftliche Bedingungen erfüllen, erweitert werden soll. Dieses Konzept einer Big Bang Erweiterung könnte jedoch problematisch werden, da nicht alle beitragswerbenden Länder für eine EU-Vollmitgliedschaft so gut vorbereitet sind wie Ungarn. Die schlimmste Reaktion der Europäischen Union auf diese Unterschiede wäre, den Beitritt aller Kandidatenländer hinauszuschieben. Die Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios scheint immer größer zu werden, je näher das Jahr 2004 rückt. So mancher Europapolitiker sieht sich dazu verleitet, die Probleme im Zusammenhang mit dem EU-Erweiterungsprozess als Vorwand für nichtgelöste Probleme in den Bereichen europäische Verfassung sowie Europäische Zentralbank zu sehen. Wenn diese Probleme nicht zur gegebenen Zeit gelöst werden können, sollten insbesondere Österreich und Ungarn versuchen, die Europäische Union davon zu überzeugen, dass eine stufenweise Erweiterung der Europäischen Union anstelle einer Big Bang Erweiterung ein realistischerer Ansatz in diesem Kontext wäre.

Rückfragehinweis:

IHS, Stumpergasse 56, 1060 Wien, Fax: 01/59991-162, <http://www.ihs.ac.at>

Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer, felderer@ihs.ac.at, Tel.: 59991-125

Mag. Sylvia Parzer (Public Relations), parzer@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-122